

Die Bedeutungslosigkeit in Weinform

**Wahlprogramm
zur Landtagswahl 2021
Rheinland-Pfalz**

Die PARTEI



Liebes Wahlvieh,

um unser beschauliches kleines Bundesland krisenfest in eine glorreiche Zukunft voller Wohlstand und Sicherheit zu führen, hat der Landesverband der sehr guten Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI) das beste Wahlprogramm seit Kriegsende ersonnen. Die nachfolgenden 16 Wahlziele decken die dringlichsten Probleme im Rheinpfalz-Land ab, sind so wohlbekömmlich, wie ein guter Wein und so innovativ, wie moderne Turbopolitik überhaupt nur sein kann. Zur bestmöglichen Lektüre empfehlen wir dazu einen leckeren Joint und die Hymne der PARTEI im Hintergrund laufen zu lassen.

Wahlziele

1. Pflegemangel aktiv bekämpfen.....	3
2. Spätis auch in RLP.....	4
3. 24-Std.-plus-X-Kindertagesstätten.....	5
4. THC für RLP!.....	6
5. Katzen kastrieren.....	7
6. Rheinland-Pfalz-Verbot für Trump!.....	8
7. Bildungspolitik, die den Namen verdient!.....	8
8. Transformation der Polizei nach „Eifeler Modell“ bzw. „Billen-Plan“	9
9. Fusionspartner auf Augenhöhe: Universität Oxford-Landau statt Kaiserslautern-Landau.....	9
10. Gebärdensprache in Schulen.....	10
11. Hambi bleibt!.....	10
12. Weltraumbahnhof Ramstein!.....	11
13. Abschaffung der Zweitstudiengebühren.....	12
14. Letztwähler*innen-Anteil ausgleichen.....	13
15. Flammende Gerechtigkeit.....	13
16. Unternehmen "Menschliche Rohrpost"	14

1. Pflegemangel aktiv bekämpfen

Weil wertlose "Wertschätzung" durch Arbeitgeber*innen, ständige Gängelung durch die Pflegekammer sowie realitätsferne Ratschläge der Politik dafür gesorgt haben, dass immer mehr Pflegekräfte ihrem Beruf den Rücken kehren, müssen wir aktiv gegensteuern:

- Krankenhäuser sollten **Gesundheitshäuser** heißen. Da geht man dann auch gerne hin – sogar als Arbeitnehmer*in.
- Gehaltsuntergrenzen statt Personaluntergrenzen:
Die Pflegepersonaluntergrenzen (PpUG) werden aktuell so ausgelegt, als seien es Obergrenzen. Dass das weder im Interesse des Gesetzes noch der Arbeitnehmer*innen und Patient*innen ist, interessiert Arbeitgeber*innen bzw. Aktiengesellschaften scheinbar nicht. Stattdessen sollten es pauschal **Gehaltsuntergrenzen** im Pflegesektor geben, in denen sich monetär widerspiegelt, was jeder in der Pflege tätige Mensch grundsätzlich an wertvoller Arbeit leistet.
- **Corona-Leugner*innen in die Kliniken** (nicht die geschlossenen Psychiatriestationen):
Maskenverweiger*innen und sonstiges Schwurbelpack, die immer noch der Meinung sind, dass es das Virus SARS-CoV-2 nicht gibt und absichtlich die Hygienemaßnahmen ignorieren, sollten, statt Geldstrafen zu leisten, in Gesundheitshäusern, Pflegeheimen und sonstigen medizinischen Einrichtungen zum Dienst an (infizierten) Patienten herangezogen werden.

Dies löst direkt auch Probleme, welche die Bundes- und Landesregierung(en) offenbar in den letzten Monaten nicht anpacken konnten oder wollten:

Das Klinikpersonal wird entlastet und kann sich währenddessen z.B. um die Dokumentation kümmern, die in Zeiten von DRG und Qualitätsindikatoren viel wichtiger geworden ist als die Versorgung der Patient*innen und Anvertrauten.

Da es für Leugner*innen weder das Virus noch Infektion gibt, kann für sie auf Schutzkleidung verzichtet werden, die an anderer Stelle dringend benötigt wird.

- Die Landespflegekammer hat sich nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Im Gegenteil: Sogar Pflegende, die ursprünglich FÜR eine Pflegekammer waren, wenden sich nun ab und finden sie – Zitat - „scheiße“. Also: Pflichtmitgliedschaft abschaffen. Oder gleich **Pflegekammer ganz abschaffen**.

2. Spätis auch in RLP

Rheinland-Pfalz ist auch hip!

Damit das auch der Rest der Republik (vor allem die Hipster in Berlin) mitbekommen, sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Eröffnung und Etablierung von s.g. Spätis geschaffen werden. Dabei handelt es sich um über den allgemeinen Ladenschluss hinaus geöffnete kleinere Verkaufsstellen in einer Großstadt, in denen Getränke, Tabakwaren und zumeist auch Zeitschriften, Lebensmittel verkauft sowie häufig auch Internetzugänge angeboten werden. Hierfür muss in das rheinland-pfälzische Ladenöffnungsgesetz ein Paragraf aufgenommen werden, der es Verkaufsstellen mit einem Mischsortiment erlaubt, über die gesetzliche Ladenöffnungszeit von 22 Uhr hinaus zu öffnen (LadöffnG §3). Zusätzlich benötigt es noch eine Ausnahme für den Verkauf an Sonntagen; Feiertage bleiben davon ausgenommen.

Spätverkaufsstellen prägen seit Jahrzehnten (wenn nicht sogar Jahrhunderten!) urbane Stadtteile in Großstädten, fördern das soziale Miteinander und kurbeln den Konsum an. Wenn wir die Pandemie endlich überwunden haben, werden Spätis also eine besonders wichtige Funktion einnehmen, um uns ein Stück Normalität zurückzugeben.



3. 24-Std.-plus-X-Kindertagesstätten

Eine analoge Kinderbetreuung mit Regeln des 19. Jahrhundert ist in Anbetracht der modernen leistungsorientierten Patchwork-Familie nicht mehr zeitgemäß. Entgegen den Forderungen einiger etablierter Parteien kann es nicht genug sein, eine Kindertagesbetreuung von lediglich 24 Stunden zu fordern.

Es kann und darf nicht sein, dass produktive Arbeitnehmer*innen sich in ihrer Erholungs-Freizeit auch noch um den Nachwuchs kümmern müssen. Darum sagen wir:

Freizeit muss Erholung bleiben – Eltern vor Kindern schützen!

Dies ist nur durch **flächendeckende Komplettwochentagsbetreuung** zu erreichen. Wem nützt eine KiTa, die am Wochenende geschlossen ist? Was ist mit Eltern, die zur Finanzierung ihres Lebens mehrere Lohnerwerbsangebote annehmen müssen? Wer denkt an die alleinerziehende Mutter mit zwei 450-Euro-Jobs?!

Das E in „Die PARTEI“ steht auch für Elternschutz.

Darum: Kinder raus aus der Familie! Eltern die Erholung ermöglichen, die sie benötigen. Damit sie auch morgen wieder kraftvoll ihren Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten können.

4. THC für RLP!

ProhibiTHCion stoppen: Make Rheinland-Pfalz breit again!

Wir fordern die Entkriminalisierung von Cannabis und die Einführung eines landesweiten Modell-Projektes zur staatlich kontrollierten Cannabis-Abgabe.



- Mit der Legalisierung von Cannabis werden **Strafverfolgungsbehörden und Gerichte entlastet** und indirekt auch die Steuerzahler*innen, von denen viele auch selbst konsumieren.
- Staatlich beaufsichtigt oder selbst gezüchtet und aufgewogen wird es eine ausgewogene Mische geben! Das schützt Konsumierende auch davor irgendwelche gestreckten und damit gesundheitsgefährdenden Cannabis-Produkte zu erwerben. Umgekehrt schafft der Staat **neue Arbeitsplätze** und somit **sprudelnde Steuereinnahmen**.
- In vielen Bereichen der Medizin, besonders der Schmerztherapie, ist Cannabis eine **effektive Therapieform** mit deutlich weniger Nebenwirkungen als pharmazeutische Produkte. Die Kriminalisierung von Kranken ist nicht nur bescheuert, sondern auch menschenunwürdig, wenn durch die Prohibition ihr Leid nicht gelindert wird.

Zur Information, dem Abbau von Vorurteilen und blankem Nichtwissen sowie zur Abschaffung der ProhibiTHCion wird der* Drogenbeauftragten des Landes für ein Jahr ein Abo des „Hanf Journal“ geschenkt: <https://hanfjournal.de/abo/>

- Bei der jährlich stattfindenden „Drogenkonferenz“ der* Drogenbeauftragten der Landesregierung sollen nicht nur langweilige Vorträge gehalten, sondern auch die Möglichkeit zur Qualitätsprobe der verschiedenen angesagten Cannabisprodukte ermöglicht werden. Damit die „Expert*innen“ auch wirklich wissen, wovon sie reden.
- Drogen an die Unis!
Für eine botanische Forschung und Züchtung, die uns das Beste vom Besten besorgt und Deutschland international wieder an die Innovationsspitze bringt.
Als Vorzeigeland wird Rheinland-Pfalz als Grün- ah... Blaupause für andere Bundesländer dienen.

Rheinland-Pfalz KANN und WIRD den bundesweiten Bedarf decken. Dafür ziehen wir alle gemeinsam an einem Joint!

Bis zur vollkommenen Legalisierung und staatlich kontrollierten Cannabis-Abgabe sollte in Rheinland-Pfalz als erster Schritt die Grenzwertmenge („geringe Menge“) bezüglich Cannabis-Besitz von 10g auf 50g erhöht werden. Damit dürften sich kurzfristig ähnliche Effekte erreichen lassen, wie die vorgenannten. Smiley.

5. Katzen kastrieren

Das T in Die PARTEI steht für Tierschutz.

Wenn die große Anzahl frei streunender Katzen und Kater in Rheinland-Pfalz nicht in Tierheimen, Versuchslaboren oder bei Single-Lehrerinnen mit Alkoholproblemen unterkommen kann, muss es zu einer tierfreundlichen Reduzierung kommen. Zur Verhinderung ungewollter außerehelicher Würfe und weiterer katerloser Katzenkinder **sollen alle streunenden Kater kastriert** werden.

Im gleichen Atemzug fordern wir die Einführung einer **landesweiten Katzen-Schutzimpfungsverordnung**, um die Verbreitung bzw. Übertragung von Krankheiten unter Freigängern und Streunern zu verhindern.

Deshalb sollen die kommunalen Katzenschutz-Hilfsvereine durch finanzielle Förderung des Landes in ihrer Arbeit unterstützt werden. Ebenso sollen Tierarztpraxen einen finanziellen Ausgleich erhalten, wenn sie streunende Kater kastrieren.

6. Rheinland-Pfalz-Verbot für Trump!

Der orangene alte Mann mit der Föhnfrisur ist nun endlich abgewählt. Auch wir gratulieren dem US-amerikanischen Volk dazu, dass nach 12 Jahren nun wieder ein alter, weißer Mann das Land regiert.

Sehr wahrscheinlich blüht dem Ex-POTUS nach Ende seiner regulären Amtszeit eine intensive Strafverfolgung, u.a. wegen

- Steuerhinterziehung
- Bankbetrug
- Versicherungsbetrug
- Verstöße gegen das Wahlkampffinanzierungsgesetz
- Bestechung
- Geldwäsche
- Missbrauchs von Spendengeldern
- sexueller Missbrauch

Es ist gut möglich, dass Donald Trump sich durch Flucht ins Ausland einer Verurteilung entziehen will, möglicherweise ins beschauliche Kallstadt in der Pfalz, wo seine Vorfahren einst herkamen. Um unsere amerikanischen Freunde zu unterstützen und auch unsere guten Menschen in Rheinland-Pfalz vor dem unsäglichen Einfluss von Donny zu bewahren, fordern wir umgehend:

Rheinland-Pfalz-Verbot für Trump!

Hierzu muss sich die Landesregierung klar positionieren: **Truck. Fonald. Dump.**

7. **Bildungspolitik, die den Namen verdient!**

Schule sollte auf das Leben und nicht nur auf die Hausaufgaben und Klausuren vorbereiten. Eltern können hierbei oft wenig helfen, weil sie entweder nur noch arbeiten (und abends froh sind, sich von Streamingdiensten berieseln zu lassen) oder allgemein mit der Lebensrealität junger Menschen wenig Überschneidungen haben (TikTok sind keine kleinen Minzbonbons, liebe Eltern!).

Um Lebensrealitäten wirklich zu erfahren, sollten pädagogisch wertvolle Ausflüge außerhalb des Klassenraums und starrer Lehrpläne stattfinden, z.B. Ausflüge zu Tiermastbetrieben, Rotlichtvierteln und Geflüchtetenunterkünften.

Außerdem ist **inklusives und integrierendes gemeinsames Lernen** sowie **Förderung der individuellen Fähigkeiten und Interessen** wesentlich zielführender für ein selbstbestimmtes Leben als stumpfes Auswendiglernen im gleichgeschalteten Klassen- und Kursverbund (Fuck you, Leitungsgesellschaft!).

Grundlage für ein lebenswirkliches Bildungssystem ist die Digitalisierung, weshalb wir für alle Schulen in Rheinland-Pfalz auch **die totale Digitalisierung** fordern! Diese beinhaltet neben der **Ausstattung der Schulen mit adäquater digitaler Medientechnik** auch den **landesweiten Ausbau mit Breitband-Internet** zur möglichst **kostenfreien WLAN-Nutzung** für alle Bürger*innen von Rheinland-Pfalz.

8. **Transformation der Polizei nach „Eifeler Modell“ bzw. „Billen-Plan“**

Wie Ex-MdL, Kreisbeigeordneter und hauptberuflicher Schnapsbrenner Michael Billen (cDU) in einem FAZ-Interview vom 15.10.2020 konstatierte, hat sich die mehrfach in der deutschen Geschichte bewährte Blockwartmentalität in der Testblase Eifelkreis bewährt: „Die Leute kennen sich, wir haben noch so etwas wie eine soziale Kontrolle in den Gemeinden“. Daher fordern wir: **Reduzierung des Polizeiapparates zugunsten eines Nachbarschafts-Bespitzelungs-Systems.**

Neben der Förderung des sozialen Miteinanders bringt diese Maßnahme Kostenersparnisse in nicht unerheblicher Form mit sich, da unnötige Rassismus-Studien bezogen auf die Exekutive wegfallen. Eine Gemeinde, in der die (verfickte) AfD bei Wahlen nennenswerte Ergebnisse erzielt, hat ein erkennbares Rassismusproblem innerhalb der eigenen Exekutive.

9. Fusionspartner auf Augenhöhe: Universität Oxford-Landau statt Kaiserslautern-Landau

Repetitio mater studiorum est. Auf Deutsch: Strebe stets nach etwas Höherem. Deswegen fordern wir für die Universität Landau eine würdige Partner-Uni, wie etwa Oxford. Auch die Bedenken von Seiten der TU Kaiserslautern könnten somit zum Verstummen gebracht werden. Sicher findet die TU ebenfalls eine würdige Partner-Uni, die ihren eigenen hohen Ansprüchen genügt (LOL).

Generell steht auch nichts zwischen einer Partnerschaft mit dem Massachusetts Institute of Technology (MIT). Doch Oxford-Landau geht leichter über die Lippen. Bemerkenswert sind deutliche Parallelen zwischen der University of Oxford und der Universität Landau. Im Umkreis von 50 km rund um Landau ist die Universität Landau die von Abiturient*innen meistgewählte Uni. Das Mensa-Essen ist ein Genuss, den Jamie Oliver nicht abstreiten würde (besonders zu empfehlen sind die frittierten Broccoli-Ecken).

„**Erst Landau, dann Oxford!**“, so lautet unsere Devise. Während die University of Oxford eine Zulassungsquote von 17,85% hat, ist diese in Landau mindestens 107,38% hoch. Eine sehr gute Ergänzung, wie wir finden.

Die Studierenden sind hochmotiviert, die Studienkosten zu hoch kalkuliert und nebenbei wird ein angesagter Club auf dem Campusgelände dichtgemacht. Daher: Gebt uns ein bisschen Kultur und Tradition zurück, wenn's sein muss auch die Britische (nur nicht das Essen).

PS: Es soll eine Zivilklausel an allen rheinland-pfälzischen Universitäten eingeführt werden. Schließlich lernen wir fürs Leben, nicht fürs Töten.

10. Gebärdensprache in Schulen

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Erwachsenen selten bis gar nicht auf die Jugend (z.B. Fridays for Future) hören. Daher fordern wir, dass jedes Kind in der Schule die **Grundlagen der Deutschen Gebärdensprache erlernen** soll, um damit ein Werkzeug in die Hand zu bekommen, falls es jemals auf taube Ohren stoßen sollte.

Zusätzlich hätte dies einen immensen **inklusiven Nebeneffekt** und könnte der Fuß in der Türe sein, damit viel mehr Menschen empathisch für Menschen mit Behinderung und deren Bedürfnisse und Perspektiven sind. Darauf aufbauend könnten dann weitere perspektiv-erweiternden Grundlagen in Schulen gelehrt werden, z.B. Blindenschrift oder barrierefreie Mobilität.

11. Hambi bleibt!

Das Hambacher Schloss steht historisch für unsere demokratische Gesellschaft. Zuletzt wurde es jedoch leider immer wieder Schauplatz rechter Veranstaltungen, etwa dem "Neuen Hambacher Fest". Wir wollen, dass das Hambacher Schloss seiner Bedeutung treu bleibt!

Darum fordern wir das Hambacher Schloss zukünftig nur noch für Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen, die auf eine Stärkung unserer Demokratie hinauslaufen. Parteien und Organisationen, deren Ziele nachweislich das Gegenteil beinhalten, können ihre Events ja in den Ruinen ehemaliger Nazi-Bauten veranstalten, um ganz authentisch das duftige Gefühl zu erleben, wohin ihr Bestreben letzten Endes führt.

Das Hambacher Schloss – wir nennen es liebevoll „Hambi“ – muss demokratisch bleiben!

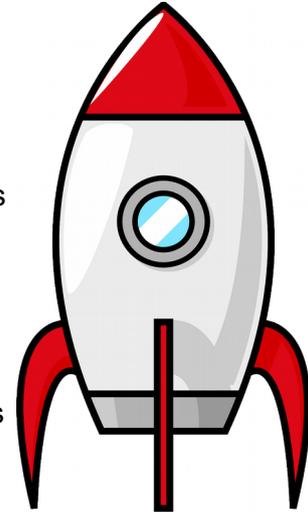


12. Weltraumbahnhof Ramstein!

Die Airbase Ramstein wird schon länger von US-Truppen als Militärflugplatz und Drohnen-Relaisstation genutzt. Es ist erwiesen, dass sie dabei häufig unschuldige Zivilist*innen, statt bärtige Terroristen treffen oder zumindest deren Tod als Nebeneffekt billigend in Kauf nehmen.

Dass Deutschland bzw. die rheinland-pfälzische Landesregierung dies passiv billigend unterstützt, ist eine Schande.

Wir wollen **Ramstein** deshalb **entmilitarisieren** und für die zivile deutsche Raumfahrt nutzen. Dazu muss den Amis der Platz entzogen (Zauberwort: Enteignung) und das Gelände in einen abgespaceten Weltraumbahnhof umgebaut werden. Auch hier kann Rheinland-Pfalz bundesweit Vorreiter sein, wenn wir schnell handeln, bevor Söders „Bavaria One“ an den Start geht. Alles was wir dafür tun müssen, ist die vorhandene Infrastruktur der Amis nutzen, nachdem wir sie vom Hof gejagt haben.



Ein **ziviler Weltraumbahnhof** kann vielfältig genutzt werden und wäre natürlich auch ein immenser Wirtschaftsfaktor, der Arbeitsplätze schafft, Steuereinnahmen generiert... und damit das finanzielle Schwarze Loch namens „Flughafen Hahn“ kompensieren würde.

Schließlich böte ein Weltraumbahnhof Ramstein auch die Möglichkeit **unliebsame Zeitgenossen aus Rheinland-Pfalz** (keine Ahnung, wir werfen einfach mal paar Namen in den Raum: Michael Frisch, Joachim Paul, Julia Klöckner, etc.) buchstäblich **zum Mond zu schießen**. So geht Zukunft!

13. Abschaffung der Zweitstudengebühren

Als Folge der Pandemie haben viele Menschen, z.B. aus der Veranstaltungsbranche, ihre Arbeit verloren und viele andere Menschen, z.B. aus dem Pflegebereich, haben die Schnauze ziemlich voll von ihren Arbeitsbedingungen. Wir fordern darum die **Abschaffung der Zweitstudengebühren und der Altersgrenze beim BAföG**, um all diesen Menschen zu erleichtern, die Qualifikation für einen neuen, krisensicheren Job zu ergattern. Mit einem BWL-Studium könnten dann alle diese Frustrierten einen Vorstandsposten in großen Unternehmen ergattern und fette Boni abräumen.

Vielleicht macht Geld ja doch glücklich! Probieren wir es aus!

14. Letztwähler*innen-Anteil ausgleichen

Bei der letzten Bundestagswahl war mehr als jeder Dritte Wahlberechtigte über 60 (36,3%). Viele Wahlumfragen der jüngsten Vergangenheit belegen außerdem, dass es ein immens großes Wähler*innen-Potential unter Erstwähler*innen und jungen Wähler*innen für die PARTEI gibt. Die so genannten Letztwähler*innen dagegen wählen bevorzugt konservativ und kümmern sich wenig darum, dass die von ihnen gewählten Parteien den jungen Menschen die Zukunft versauen, weil sie z.B. auf den Klimawandel scheißen und Gesetze verabschieden, die den großen Unternehmen die Taschen voll machen, aber den Menschen die Existenzgrundlage zerstören.

Um den demografischen Vorteil der Senioren auszugleichen, fordern wir in Rheinland-Pfalz die **Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre und gleichzeitig ein maximales Wahlalter von 70 Jahren**. Das dürfte vor allem unsere Machtübernahme im Land befördern, aber auch grundsätzlich dafür sorgen, dass es einen spürbaren Politikwandel bei uns gibt.

Wir müssen den Blick nach vorne richten und nicht zurück. Das ist moderne Turbopolitik.

15. Flammende Gerechtigkeit

In Anbetracht der fortschreitenden Radikalisierung der s.g. "Querdenker" sollte die Polizei entlastet und die kommunalen Vollzugsdienste (Ordnungsamt) gestärkt werden. Dazu ist eine robuste, leistungsstarke und abschreckende Ausrüstung notwendig. Deshalb fordern wir die **Ausstattung aller rheinland-pfälzischen Ordnungskräfte mit Flammenwerfern**. Denn gegen Feuer haben weder Viren noch Covidioten eine Chance. Unter der Kampagne #KillItWithFire soll dies öffentlichkeitswirksam beworben werden.

Außerdem befürworten wir die **Einführung einer wirklich unabhängigen Instanz zur Kontrolle der Arbeit der Landespolizei**, z.B. beim Verdacht unangemessener Polizeigewalt. Die Stelle "Landespolizeibeauftragte/r" ist nicht wirklich unabhängig und außerdem in ihren Möglichkeiten stark eingeschränkt (kann nur Fragen stellen, kaum Mittel zu eigenen Recherchen, etc).

Eine **eigene Rassismusstudie des Landes innerhalb der Polizei** würde sicherlich auch interessante Ergebnisse zu Tage führen und den Menschen in Rheinland-Pfalz (besonders wenn sie einen Migrationshintergrund haben) tatsächliche Transparenz und damit auch Gerechtigkeit verschaffen, wenn aus dem Ergebnis der Studie die notwendigen Folgen abgeleitet werden.

16. Unternehmen "Menschliche Rohrpost"

In Rheinland-Pfalz soll ein **landesweites Hyperloop-System** als langfristige Alternative zum Individualverkehr mit Autos und dem vor allem Bus-getragenen ÖPNV-Netz errichtet werden. Damit können sich Menschen schnell, sauber und sicher in ganz Rheinland-Pfalz bewegen. Der Tarif- und Linienflickenteppich im Lande würde damit obsolet. Frei gewordene Arbeitskräfte aus dem Bus- und Bahnsektor können nach Umschulung im Hyperloopsektor weiter beschäftigt werden.

Fortschritt statt Stillstand! Hyperloop statt Bus- und Bahnflop!

**Durchgeimpft
und keinen Bock,
es kandidiert
der Graue Block!**

Die PARTEI

Landesverband Rheinland-Pfalz

